



WAHLPROGRAMM

 ZUR LANDTAGSWAHL 2023

DESHALB AM **29. JÄNNER** ~~FPÖ~~

du das?

H O P E O

FPOE-NOE.AT

F

BESSER FU



Liebe Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher!

Ich freue mich, Ihnen unser aktuelles Wahlprogramm mit vielen neuen Ansätzen zur Lösung der großen Probleme, vor denen Niederösterreich nach Jahrzehnten von ÖVP-Regierungen steht, vorstellen zu dürfen.

Wir wollen mit Machtmissbrauch, Korruption und Freunderlwirtschaft in diesem Land aufräumen. Unsere Heimat ist keine Spielwiese für die Machtinteressen der ÖVP, sondern jener Ort, den wir für die nachfolgenden Generationen beschützen und bewahren müssen.

Dafür braucht es eine Koalition mit den Menschen und eine gemeinsame Kraftanstrengung. Ich darf Sie alle einladen, uns bei den Landtagswahlen am 29. Jänner zu unterstützen. Niederösterreich hat Besseres verdient als die ÖVP. Es geht auch anders! Das werden wir mit Ihrer Unterstützung beweisen!

Herzlichst



Udo Landbauer

FPÖ-Spitzenkandidat



Gesundheit der Menschen im Fokus

Veränderte soziale Rahmenbedingungen, neue Arbeitsbedürfnisse sowie innovative medizinische Methoden verlangen nach modernen Versorgungs- und Behandlungskonzepten. Für alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher muss die bestmögliche medizinische Versorgung gewährleistet sein. Prävention und Gesundheitsförderung nehmen eine bedeutende Säule in einer gesunden Gesellschaft ein und sollen zukünftig verstärkt ausgebaut werden. Zum Themenkomplex Gesundheit gehört auch eine verbesserte und abgestimmte Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Die lückenhafte haus- und fachärztliche Versorgung in Niederösterreich muss dringend verbessert werden. Ihr Stellenwert und ihre Attraktivität müssen erhöht werden. Dazu haben wir ein zukunftsfähiges mobiles Versorgungskonzept entwickelt.

Unsere Forderungen

- 🚩 Volle Rückerstattung der Kosten für die Inanspruchnahme eines Wahlarztes in jenen Gemeinden und Regionen, in denen keine Kassenärzte zur Verfügung stehen
- 🚩 Regionale Versorgung mit Kassenärzten umsetzen – 60 Stellen sind unbesetzt
- 🚩 Kinderarztstellen sofort nachbesetzen – jede 5. Stelle ist unbesetzt
- 🚩 Regionale, wohnortnahe Versorgung sicherstellen
- 🚩 Schaffung zusätzlicher Kassenplanstellen, um den Bedarf der wachsenden Bevölkerung abzudecken und die bestehenden Kassenpraxen zu entlasten
- 🚩 Ausbau der Ärzteanstellung in den niedergelassenen Ordinationen umsetzen
- 🚩 Einrichtung einer mobilen Kassenordination zur Unterstützung der niedergelassenen Ordinationen
- 🚩 Erarbeitung eines Maßnahmenplans, um die Verfügbarkeit von Arzneimitteln und Medizinprodukten sicherzustellen
- 🚩 Dauerhaft bessere Entlohnung der (vorwiegend) niedergelassenen Ärzteschaft, besonders in der Kinder- und Jugendheilkunde



Wirtshauskultur in Niederösterreich

Das Wirtshaus ist der Ort, wo man am Stammtisch frei und in geselliger Atmosphäre unterschiedliche Meinungen und Gedanken austauschen kann. Leider geht diese Einrichtung oftmals erst dann ab, wenn es zu spät ist und der letzte Wirt seine Türen für immer geschlossen hat. Die Politik muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen und sich vor allem des sozialen und kulturellen Wertes der Gaststätten im Land wieder bewusst werden.

Das Wirtshaussterben ist leider bittere Realität. Die Zahl der klassischen Wirte hat sich seit 1978 von rund 16.000 auf 8.500 Betriebe halbiert. Niederösterreich zählt zu jenen Bundesländern, die am stärksten betroffen sind. Alleine seit dem Jahr 2000 mussten rund 600 Wirtshäuser zusperren. Das bedeutet einen Rückgang von ca. 20 Prozent in nur zehn Jahren.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Neben einer Vielzahl an bürokratischen Hürden wie Registrierkasse, Allergenverordnung, Rauchergesetz, Pommes-Verordnung u.v.m. haben die Wirte unglaublich hohe Lohnnebenkosten und Sozialversicherungsabgaben zu tragen. In den letzten Jahren kamen Investitionen in Lüftungsanlagen und in Umbauten für getrennte Räumlichkeiten von weit mehr als 200 Millionen Euro dazu.

Von dem, was verdient wird, muss immer mehr investiert werden. Die genannten Schikanen zwingen viele Wirte in die Knie und führen dazu, dass immer weniger junge Menschen bereit sind, Betriebe zu übernehmen oder gar ein neues Wirtshaus aufzusperren.

Die Politik muss handeln, bevor das letzte Wirtshaus seine Türen für immer schließt.

Unsere Forderungen

- 🚩 Qualitätsoffensive für die Gastronomie- und Tourismuswirtschaft
- 🚩 Abbau von bürokratischen Hürden und Entrümpelung der bestehenden Gesetze und Verordnungen
- 🚩 Gezielte Jungwirte-Förderung & Übernahmeförderung
- 🚩 Wirtshaus-Prämie für die letzte Gaststätte in einem Ort
- 🚩 Unterstützung bei der Bereitstellung traditioneller österreichischer Speisen und bei Verwendung regionaler Produkte



Soziale Fairness für unsere Familien

Die Preise für Lebensmittel, Energie und Treibstoffe steigen immer weiter an und machen das tägliche Leben unleistbar. Vor allem die Senioren im Land trifft die Teuerung mit voller Wucht. Mittlerweile sind in Österreich 232.000 Pensionsbezieher über 65 Jahre von Armut betroffen! Altersarmut ist ein ernst zu nehmendes Problem, welches mit einer unglaublichen Geschwindigkeit anwächst.

Angesichts der Rekordinflation – der höchsten seit fast 70 Jahren – dürfen unsere Pensionisten nicht mit Almosen abgespeist werden. Die ältere Generation war es, die ihr Leben lang hart gearbeitet und den Wohlstand im Land überhaupt erst aufgebaut hat, der durch die verantwortungslose Politik der Bundesregierung jetzt bedroht ist.

Unsere Ältesten dürfen von dieser Regierung nicht in die Armut und in den Verzicht getrieben werden, sondern haben ein Recht darauf, einen würdigen Lebensabend verbringen zu können. Das gebieten nicht nur das soziale Gewissen, sondern auch der Respekt und die Wertschätzung!

Unsere Forderungen

- 🇦🇹 Jährliche automatische Inflationsanpassung der Pensionen
- 🇦🇹 Einmalzahlung von 500 Euro für ALLE Pensionsbezieher bis zur ASVG-Höchstpension
- 🇦🇹 Öffi-Freifahrt ab 65 Jahren
- 🇦🇹 45 Jahre Arbeit sind genug



Schlanker Staat – mehr für die Landsleute

Der Ruf nach Verwaltungsreformen und der daraus resultierenden Kostenersparnis kommt in regelmäßigen Abständen. Weniger Bürokratie, eine effiziente Verwaltung und die Abschaffung von Bagatellsteuern sind unser Ziel.

Eine weitere sinnvolle Maßnahme ist ein Modell zur gerechten Berechnung der Kanalgebühren nach dem Verursacherprinzip. Das niederösterreichische Kanalgesetz sieht eine flächenbezogene Berechnung der Kanalgebühren vor. Die derzeitige Gesetzesanwendung führt gerade im ländlichen, dezentralen Raum und in den Abwanderungsgemeinden zu einer Schieflage in der Gebührengestaltung. Das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und der Lastenverteilung über die Gebührenvorschreibungen erscheint oftmals ungerecht.

Unsere Forderungen

- 🚩 Abschaffung von Bagatellsteuern
- 🚩 Entscheidungsstrukturen vereinfachen und Transparenz verbessern
- 🚩 Evaluierungen von Strukturen in allen Gebietskörperschaften
- 🚩 Effizientes Controlling
- 🚩 Entbürokratisierungsoffensive zur Entlastung der Bürger und der Wirtschaft
- 🚩 Kanalgebühren nach dem Verursacherprinzip verrechnen



Altern in Würde

Pflege und Betreuung sind unbestritten besonders wichtige Zukunftsthemen. Bis 2030 werden österreichweit bis zu 100.000 zusätzliche Pflegekräfte benötigt. In Niederösterreich sind es in zehn Jahren – nur um das System aufrechterhalten zu können – rund 15.000 zusätzliche Betreuungskräfte.

Jene Menschen, die im Pflegebereich arbeiten, stoßen jeden Tag an ihre Grenzen der Belastbarkeit und das nicht erst seit Corona. Einerseits sind die Pflegeheime maßlos überfüllt und die Wartelisten werden immer länger, andererseits stehen hunderte Betten leer, weil das Personal an allen Ecken und Enden fehlt.

Unsere Forderungen

- 🚩 Einführung des Lehrberufes „Pflege und Betreuung“
- 🚩 Anstellungsmodell für pflegende Angehörige
- 🚩 Förderung der Pflegedienstleistungen im Bereich der mobilen Heimpflege
- 🚩 Reform des Modells der 24-Stunden-Betreuung
- 🚩 Erhöhung der Anzahl der Standorte mit stationärer Palliativbetreuung
- 🚩 Aus- und Neubau von Pflege- und Betreuungszentren
- 🚩 Jährliche automatische Inflations- und Wertanpassung des Pflegegeldes



Freie Fahrt für freie Bürger

Während die grüne Verkehrsministerin in Wien eine eindimensionale Verkehrspolitik betreibt, diverse Straßenbauprojekte wie den dringend benötigten Lobautunnel gestoppt hat und somit Autofahrer als Verkehrsteilnehmer zweiter Klasse abstempelt, setzen die Freiheitlichen in NÖ auf eine gesamtheitliche Verkehrspolitik.

Ein klares Bekenntnis zum Individualverkehr und eine gleichzeitige Zustimmung zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sind kein Widerspruch. Vielmehr geht es um die Bildung einer Symbiose zum Wohle unserer Pendler im Flächenbundesland Niederösterreich.

Gerade in ländlichen Gegenden sind viele auf das Pendeln mit dem Auto angewiesen, teilweise in Kombination mit der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Kapazität kann mit der Nachfrage nach Zugplätzen oft nicht Schritt halten. Immer häufiger kommt es zu überfüllten Abteilen, abgesperrten Waggons, massiven Zugverspätungen und oftmals zu kompletten Zugausfällen.

Die Situation für Niederösterreichs Pendler ist aktuell so schlimm wie noch nie. Es ist unzumutbar, dass Menschen, die zur Arbeit fahren und einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten, täglich mit den Folgen einer seit Jahrzehnten fehlgesteuerten Verkehrspolitik konfrontiert werden. Es ist höchste Zeit zu handeln.

Unsere Forderungen

- 🚩 Spritpreisdeckel bei 1,20 Euro pro Liter durch Senkung der Mineralöl- und Mehrwertsteuer
- 🚩 Unverzögerlicher Bau der Traisental-Schnellstraße S 34 und der Marchfeld-Schnellstraße S 8
- 🚩 Abschaffung der NoVA und der CO₂-Strafsteuer
- 🚩 Verbesserung der Situation im öffentlichen Personennahverkehr
- 🚩 Errichtung von Park-&-Ride-Anlagen im Wiener Umland
- 🚩 Bau der Waldviertelautobahn
- 🚩 Verlängerung der U-Bahn von Wien nach Niederösterreich



Leistbares Wohnen

Wir Freiheitliche bekennen uns dazu, dass Miete und Eigentum leistbar sein müssen. Mieter sind mit überdurchschnittlich steigenden Kosten konfrontiert und werden gleichzeitig unterdurchschnittlich unterstützt. Insbesondere infolge der Teuerungswelle ist es daher erforderlich, die Wohnbeihilfe für österreichische Staatsbürger auch auf den Bereich privater Mietverhältnisse auszuweiten.

Insbesondere im „Speckgürtel“ ist es jungen Menschen kaum möglich, eine leistbare Mietwohnung in ihrer Heimatgemeinde zu finden. Hier muss es zu einer Trendwende kommen, indem das Programm „Junges Wohnen“ ausgeweitet wird.

Zusätzlich fordern wir, dass bei jeder zweiten gefördert und gemeinnützig errichteten Wohnung die künftigen Bewohner darüber entscheiden können sollen, ob sie diese entweder sofort oder im Rahmen einer Miete mit Kaufoption erwerben wollen.

Die Laufzeit für die Rückzahlung von Wohnbauförderungsdarlehen im Eigenheim-Bereich muss von derzeit 27,5 auf 35 Jahre verlängert werden und die Raten entsprechend abgesenkt werden. Dieser Zeitraum entspricht etwa einer Finanzierungslaufzeit gemeinnütziger Bauvereinbarungen. Ein gefördertes Eigenheim darf nicht länger zur Kostenfalle der Zukunft werden.

65 von 100 Förderungspunkten der Eigenheimförderung beziehen sich auf den Klimaschutz. Der soziale Aspekt kommt wesentlich zu kurz. Hier muss insbesondere in Zeiten dramatisch steigender Baukosten korrigierend eingegriffen werden.

Unsere Forderungen

- 🚩 Ausweitung der Wohnbeihilfe
- 🚩 Österreicher-Bonus
- 🚩 Junges Wohnen im Speckgürtel
- 🚩 Wahlmodell gefördertes Soforteigentum
- 🚩 Soziale Laufzeit der Eigenheimförderung statt Teuerung und Kostensprung
- 🚩 Sozial verträgliche Kriterien in der Wohnbauförderung
- 🚩 Schluss mit Millionengewinnen für Immobilienspekulanten



Umweltschutz ist Heimatschutz

Wir wollen den nachfolgenden Generationen nicht nur eine prosperierende Wirtschaft, sondern auch eine intakte und lebenswerte Umwelt hinterlassen. Die FPÖ NÖ sieht Umwelt- und Naturschutz gesamtheitlich und allumfassend. Hierbei fokussieren wir uns nicht eindimensional auf das abstrakte Thema „Klima“, sondern beziehen die Punkte Umweltschutz, Tierschutz, Landschaftsschutz, Naturschutz usw. mit ein. Es gilt durch Kompromissbereitschaft und kluges Vorgehen ein Höchstmaß an Lebensqualität für die niederösterreichische Bevölkerung zu erzielen, denn Umweltschutz ist auch immer Heimatschutz.

So ist das gedankenlose und oft schädliche Vorgehen der EU sowie der Bundes- und der NÖ-Landesregierung gefährlich für den Wohlstand in Österreich. Zu unüberlegt werden Kraftwerke aufgrund dubioser und unrealistischer politischer Vorstellungen abgeschaltet. In einem vernetzten europäischen Markt führt das – gemeinsam mit den sinnlosen EU-Sanktionen gegen das russische Volk – zu einem eklatanten Anstieg der Energiekosten. Hier wollen die Freiheitlichen die Kräfte in Österreich bündeln und einen möglichst großen Anteil der Energie in Niederösterreich und Österreich produzieren lassen.

Daher ist der Ausbau von erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen ein wesentlicher Bestandteil freiheitlichen Denkens und Handelns. Aber auch hier sollen Vernunft und Hausverstand unser politisches Handeln leiten. Das „Zupflastern“ von Grün- und Ackerland mit Photovoltaikanlagen ist bedenklich und gefährdet die Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen im Umfeld der Anlagen.

Unsere Forderungen

- 🚩 Energie-Selbstversorgung durch die Nutzung heimischer Ressourcen
- 🚩 Weitere Förderung der Nutzung von Biomasse
- 🚩 Errichtung von Photovoltaikanlagen auf bereits versiegelten Flächen wie öffentlichen Einrichtungen, Parkplätzen und Dächern
- 🚩 Weniger Flächenverbrauch durch Abbruch- bzw. Sanierungsprämie für alte Häuser in Stadt- und Ortskernen
- 🚩 Wiederaufforstung heimischer Wälder



Medizinische Versorgung

Die Gesundheit unserer Landsleute ist uns ein Herzensanliegen. Diese gilt es zu fördern und zu erhalten. Für eine optimale und bestmögliche Gesundheitsversorgung in Niederösterreich ist es unerlässlich, die Standorte aller Landeskliniken als auch der notwendigen Abteilungen abzusichern. Im Sinne der Versorgungssicherheit unserer Landsleute und der medizinischen Grundversorgung sollte deshalb neben der Standortgarantie die bestmögliche Grundversorgung an allen Standorten sichergestellt werden.

Unsere Forderungen

- 🚩 Bestmögliche Grundversorgung für ALLE Landsleute
- 🚩 Standortgarantie für die NÖ Landeskliniken
- 🚩 Stärkung der medizinischen Versorgung im niedergelassenen Bereich
- 🚩 Medikamentenproduktion in Österreich – Versorgungssicherheit gewährleisten
- 🚩 Ausbau des Stipendien- und Studienplatzsystems
- 🚩 Ausbau der Gänserndorfer Tagesklinik in ein vollwertiges Landeskrankenhaus
- 🚩 Arbeitsverpflichtung ausländischer Medizinstudenten



Preisexplosion stoppen

Ein Großteil der aktuellen Teuerung resultiert aus der nunmehr präsentierten Rechnung für eine „Party“, welche bereits 2008 begann – die Eurokrise! Damals mussten mit Milliardenbeträgen einige EU-Staaten vor dem Bankrott gerettet werden. Ein weiterer, wesentlicher Inflationstreiber waren die Corona-Maßnahmen, welche sich in Form von Lockdowns sowie dem Ankauf von mäßig erforschten und scheinbar nur kurzfristig wirksamen Vakzinen manifestierten. Das Resultat ist eine massive Verschuldung der bis dahin gut wirtschaftenden Industrieländer sowie eine künstliche Verknappung von personellen Ressourcen, woraus wiederum eine geringere Produktion von Gütern und Dienstleistungen resultierte.

Das Abschalten von Atomkraftanlagen in Deutschland und Frankreich zeitigte den Effekt, dass immer weniger günstiger Strom auf dem europäischen Markt verfügbar war und durch das unselige „Merit-Order-Prinzip“ die Preise nach oben schnellen. Die unsinnigen EU-Sanktionen gegen Russland verhindern den verstärkten Ankauf von günstigem Gas.

Unsere Forderungen

- 🚩 Ende der Russland-Sanktionen und eine massive Anstrengung diplomatischer Bemühungen zur Konfliktlösung.
- 🚩 Ende der inflationstreibenden Maßnahmen durch die EZB: Stopp des Ankaufs von Staatsanleihen
- 🚩 Realistischer Zeithorizont zur Umstellung auf erneuerbare Energie statt Verbreiten von Klima-Panik
- 🚩 Ende der zügellosen Zuwanderung. Wir brauchen unser Steuergeld für unsere Landsleute
- 🚩 Abschaffung der NoVA und der CO₂-Steuer
- 🚩 Spritpreisdeckel bei 1,20 Euro pro Liter durch Senkung der Mineralöl- und Mehrwertsteuer
- 🚩 Preisdeckel bei Strom, Gas und Grundnahrungsmitteln
- 🚩 Abschaffung der NÖ Rundfunkabgabe und aller Bagatellsteuern

POLIZEI



Sicherheit für unsere Landsleute

Sicherheit ist eines unserer Kernthemen. Ein breites Themenfeld, das den Bogen von der Landesverteidigung über die Vermeidung eines Blackouts bis hin zur Wahrung der immerwährenden Neutralität spannt.

Für die FPÖ NÖ ist die Neutralität ein Eckpfeiler unseres Selbstverständnisses und Grundlage für den außen- und sicherheitspolitischen Erfolgskurs der Zweiten Republik. Das Neutralitätsgesetz war Bedingung für unseren Staatsvertrag, dem wir den Abzug der Besatzungstruppen, Frieden und Freiheit verdanken. Unsere Landsleute sprechen sich mit überwältigender Mehrheit für die Neutralität aus und lehnen einen NATO-Beitritt Österreichs strikt ab. Die FPÖ NÖ steht hier ganz klar auf der Seite der Bevölkerung und wird auch in Zukunft mit ganzer Kraft für die immerwährende Neutralität der Republik Österreich eintreten.

Weiters liegt ein thematischer Schwerpunkt auf der Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit des österreichischen Bundesheeres und der Sicherstellung des Katastrophenschutzes. Niederösterreich wurde immer wieder von verheerenden Hochwassern und anderen Naturkatastrophen heimgesucht. Tausende Soldaten des österreichischen Bundesheeres waren dabei im Einsatz, um weitere Schäden zu verhindern bzw. zu beseitigen. Diese unermesslich wertvolle Unterstützung darf nicht dem Sparstift zum Opfer fallen. Für die militärische Landesverteidigung und die Sicherstellung der Einsatzbereitschaft unserer Soldaten sind die Anschaffung von notwendigen Gerätschaften und die Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur entscheidend.

Sicherheit betrifft auch die Versorgungssicherheit unserer Landsleute. Die Maßnahmen der FPÖ Niederösterreich zur Blackout-Vorsorge reichen von einer Blackout-Gesamtstrategie über die Ausarbeitung von Blackout-Notfallplänen für Gemeinden samt Sicherstellung der Energieversorgung für lebensnotwendige Infrastruktur.

Unsere Forderungen

- 🚩 Wahrung und Handeln im Sinne der immerwährenden Neutralität Österreichs
- 🚩 Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit des österreichischen Bundesheeres und Sicherstellung des Katastrophenschutzes
- 🚩 Blackout-Vorsorge sicherstellen



Sportliche Betätigung für alle leistbar machen

Bewegung und Sport sind ein wichtiger Baustein unserer Gesellschaft. Von der Kindheit bis ins hohe Alter ist es essentiell, sich körperlich fit zu halten. Grundsätzlich gebe es genug Möglichkeiten in Niederösterreich, die Corona-Restriktionen haben aber auch in diesem Bereich dramatische Auswirkungen gehabt. Die Folgen des de facto Verbotes von Amateursport über lange Zeit sind sowohl für die Gesundheit der Menschen, als auch für die finanzielle Lage unserer Sportvereine fatal gewesen. Ein massiver Mitgliederschwund war allerorts festzustellen.

Gerade die jüngere Generation hat sich dadurch oft von sportlichen Aktivitäten entfernt und häufig ist es auch für die Eltern unmöglich, die Kosten für Mitgliedsbeiträge und Ausrüstung aufzubringen; die aktuell explodierende Teuerung tut dazu ihr Übriges.

Unser zentrales Anliegen ist die generelle Öffnung der Sportanlagen in Schulen für Vereine. Kindern und Jugendlichen die Freude an Sport und Bewegung nachhaltig zu vermitteln, muss wieder zu einem zentralen Anliegen der Politik werden.

Ein gesunder Geist steckt bekanntlich in einem gesunden Körper. Gerade in Zeiten, in denen Leistungsdruck und hohe mentale Belastungen für unsere Kinder zunehmen, ist es umso wichtiger, perfekte Rahmenbedingungen für Ausgleichsmöglichkeiten zu schaffen.

Niederösterreichs Vereine leisten in diesem Zusammenhang tagtäglich hervorragende Arbeit, einerseits um Interesse und Freude an sportlicher Betätigung schon in jungen Jahren zu entwickeln und damit ein gesundes Leben schon vom Start weg zu ermöglichen, andererseits um Talente früh zu erkennen und somit die Brücke zum Bereich des Leistungssports zu erstellen.

Unsere Forderungen

- 🚩 Generelle Öffnung der Sportanlagen in Schulen für Vereine
- 🚩 Keine Schließung von Sportstätten aufgrund hoher Infektionszahlen
- 🚩 Steuerliche Absetzbarkeit der Mitgliedsbeiträge in Sportvereinen und Fitnessstudios



Familien zuerst

Die FPÖ versteht sich als Familienpartei. Dies bedeutet, dass der Familie als Keimzelle der Gesellschaft ein besonderer Platz zugerechnet wird. Für die FPÖ steht die österreichische Familie an erster Stelle. Das Ziel freiheitlichen Wirkens liegt im Gewinn von Freiheit und Wohlstand für die heimischen Familien. „Wir wollen echte Wahlfreiheit für unsere Väter und Mütter“.

Ein wesentlicher Punkt ist die finanzielle Absicherung, damit Eltern ihre Kinder frei von monetären Zwängen erziehen können. Im Gegensatz zu ÖVP und SPÖ, die die Eltern schnellstmöglich in den Arbeitsprozess zurückführen wollen, setzt die FPÖ uneingeschränkt beim Kindeswohl an.

Den Eltern und Großeltern soll die notwendige Wertschätzung entgegengebracht werden. Die Eltern sollen die Wahlfreiheit haben, ob sie ihre Kinder lieber selbst länger betreuen oder ob sie sich für eine frühkindliche Fremdbetreuung entscheiden.

Unsere Forderungen

🇦🇹 Landeskindergeld für alle heimischen Familien in der Höhe der Sozialhilfe bis zum vierten Geburtstag des Kindes

🇦🇹 Sozial gestaffelte 13. Familienbeihilfe

🇦🇹 Sozial gestaffelte 14. Familienbeihilfe für Alleinerzieher

🇦🇹 Familienleistungen automatisch an die Inflation anpassen

🇦🇹 NÖ Schulstartgeld für alle Schüler



Bildungsqualität sichern

Niederösterreich ist ein vielfältiges und wirtschaftlich starkes Bundesland. Je nach Region gibt es unterschiedlichste Wirtschaftszweige und verschiedene Voraussetzungen aufgrund der strukturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass sich unser Bildungssystem oftmals nicht an den arbeitsmarktpolitischen Realitäten orientiert.

Für uns Freiheitliche soll Bildung praxisnahe sein und auf das „echte Leben“ vorbereiten. Wer aus der Schule kommt, muss sein Leben selbst in die Hand nehmen können. Die Lehrpläne gehören entrümpelt und an die Anforderungen der Lebensrealität und der modernen Arbeitswelt angepasst. Das soll dazu beitragen, dass sich jeder im Leben zurechtfindet und einen sinnstiftenden Arbeitsplatz bekommt.

Unsere Forderungen

- 🚩 Entrümpelung der Lehrpläne & Ausrichtung auf das 21. Jahrhundert
- 🚩 Regionalisierung der Schulen: Anpassung der Schwerpunkte an wirtschaftliche und kulturelle Identität der Regionen
- 🚩 Agrarökonomie und Agrarökologie als wichtige Säulen in NÖ
- 🚩 Verstärkte Einbindung von Personen aus der Wirtschaft im Unterricht
- 🚩 Fokus der Lehre von Unternehmensgründung und Digital Business
- 🚩 Förderung von Schikursen & Sportwochen



Fachkräftemangel bekämpfen

Lehrlinge sind die Fachkräfte und Unternehmer von morgen. Den jungen Menschen im Land muss eine echte Perspektive gegeben werden, um dem sich seit Jahren verschärfenden Fachkräftemangel effektiv entgegenzuwirken. Die fachliche Weiterentwicklung nach der Lehre in Richtung einer Meisterprüfung spielt dabei eine wichtige Rolle. Die erworbene Qualifikation ebnet oftmals den Weg zu neuen Möglichkeiten, zum Beispiel in die Selbstständigkeit.

Unsere Forderungen

- 🚩 Bildungsscheck: Führerschein und Ausrüstung für Lehrlinge leistbar machen
- 🚩 Meisterscheck für Niederösterreich: NÖ zum Land der Meister machen
- 🚩 NÖ Handwerkerbonus einführen
- 🚩 Unterstützung für Betriebe, die Lehrlinge ausbilden
- 🚩 Regionale Schwerpunkte der Ausbildung bereits in den Schulen setzen



Arbeit mit Zukunft

Die Wirtschaft hat für den Staat und das Volk die materiellen Grundlagen für eine gedeihliche Entwicklung und ein angemessenes Leben im Wohlstand zu besorgen. Durch die Wirtschaft soll das Fortkommen der Gemeinschaft gestützt werden. Den besten Rahmen dafür bietet ein generationenübergreifend agierender, auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Nationalstaat, der als echte Solidargemeinschaft konzipiert ist.

Wir bauen auf die Eigeninitiative und die Belohnung von Leistung als grundlegende Werte, da diese Prinzipien unter Setzung geeigneter Rahmenbedingungen die bestmögliche Wohlfahrt für alle garantieren.

In ihrer sozialen Überzeugung bringt die FPÖ diese gegensätzlichen Prinzipien in Einklang. Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip und zur Verpflichtung aller, zum Erhalt und zur Finanzierung des Staates beizutragen, um allen Landsleuten ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Unsere Forderungen

- Stärkung unserer mittelständischen Unternehmen (Klein- und Mittelbetriebe)
- Unterstützung der Unternehmen bei der Digitalisierung
- Einführung eines Handwerkerbonus
- Lehrlings- und Fachkräfteoffensive
- Zielgerichtete Förderung für Gastronomie & Tourismus, um ein weiteres „Wirtshaussterben“ zu verhindern
- 6. Urlaubswochen für alle nach 25 Arbeits- bzw. Dienstjahren
- 45 Jahre sind genug - Pensionen sichern



Günstige Energie ist der Motor für Wohlstand

Die von der Europäischen Union unter Mitwirkung Österreichs verabschiedeten Sanktionen gegen Russland haben verhängnisvolle Auswirkungen auf die Situation der heimischen Wirtschaftstreibenden gezeitigt. 995 Unternehmen mussten allein im vorigen Jahr Insolvenz anmelden. Das entspricht einer Steigerung von 61,8 Prozent. Jetzt muss alles unternommen werden, um die niederösterreichischen Unternehmer zu schützen. Aus der Sicht der Freiheitlichen Wirtschaft braucht es eine Rückkehr zu einer autonomen Wirtschafts- und Finanzpolitik für Österreich.

Die FPÖ hat eine Reihe von Vorschlägen zur Senkung der Energiepreise getätigt. Im Wesentlichen umfassen diese eine Senkung bzw. Aussetzung der Mineralölsteuer für Benzin, Diesel und Heizöl. Zusätzlich verlangen wir die sofortige Deckelung der Energiepreise für Öl, Gas und Strom sowie die sofortige Abschaffung der wirtschaftsfeindlichen CO₂-Steuer.

Die aktuelle Preisexplosion sowie die Inflationsrate von 10,3 Prozent lassen die Kaufkraft gefährlich sinken. Umsatzeinbußen bedrohen die Existenz vieler Handelsbetriebe, Handwerksbetriebe, Dienstleister bis hin zu Tourismus- und Freizeitunternehmen. Wir verlangen eine vorgezogene Senkung der Lohnnebenkosten sowie das Vorziehen der angekündigten Abschaffung der Kalten Progression rückwirkend mit 1. Jänner 2022.

Unsere Forderungen

- 🚩 Aussetzen bzw. Senken der Mehrwertsteuer für Energiepreise
- 🚩 Abschaffung der CO₂-Strafsteuer
- 🚩 Restlose Abschaffung aller Corona-Maßnahmen
- 🚩 Lohnnebenkosten rückwirkend mit 1. Jänner 2022 senken
- 🚩 Sofortiger Ausstieg aus den EU-Sanktionen gegen Russland



Unsere Gemeinden stärken

Der FPÖ Niederösterreich ist es ein Anliegen, Missstände auf kommunaler Ebene aufzuzeigen und Lösungen anzubieten. In den Gemeinden schlägt vielerorts die Allmacht der ÖVP besonders hart und ungerecht durch. Wir treten für eine Demokratisierungsoffensive in den Kommunen ein. Die Bürgermitsprache bei wichtigen Projekten muss landesgesetzlich abgesichert werden, um zu verhindern, dass selbst ernannte Ortskaiser über die Interessen der einheimischen Bevölkerung „drüberfahren“, stattdessen Spekulanten profitieren und die schwarze Freunderlwirtschaft blüht.

Ein weiterer Ansatz ist es, mit entsprechender Landesunterstützung wieder für blühende Gemeinden in unseren Regionen zu sorgen. Es kann nicht sein, dass das Land die Gemeinden zur Finanzierung des Spitalswesens abzockt und für die Entwicklung attraktiver Lebensräume kein Geld in den Kassen bleibt.

Unsere Forderungen

- 🚩 Ein Bürgermeister einer Gemeinde darf nicht gleichzeitig Gemeindebediensteter (Amtsleiter) dieser Gemeinde sein
- 🚩 Mehr Transparenz in den Gemeindestuben
- 🚩 Stärkung der Minderheitenrechte im Gemeinderat
- 🚩 Verankerung von direkter Demokratie durch Aufnahme der verbindlichen Volksabstimmung in die NÖ Gemeindeordnung
- 🚩 Abschaffung der nicht-amtlichen Stimmzettel



Freie Bauern braucht das Land

Eine fehlgeleitete EU-Agrarpolitik setzt die niederösterreichischen Bauern seit Jahrzehnten unter enormen Druck und führt zum „Bauernsterben“. Unseren heimischen Bauern werden immer strengere Auflagen erteilt, bis die Produktion so teuer ist, dass sie eingestellt werden muss.

In Folge werden die Lebensmittel aus Ländern mit niedrigen Qualitätsstandards importiert. Ausländische Gütesiegel halten oft nicht, was sie versprechen. Aktuell produzieren Niederösterreich im Speziellen und Österreich im Allgemeinen nur einen Bruchteil der benötigten Lebensmittel und natürlichen Rohstoffe wie beispielsweise Holz selbst.

Die FPÖ-Niederösterreich fordert einen Richtungswechsel in der Landwirtschaftspolitik. Kleine und mittlere bäuerliche Strukturen sollen in den Mittelpunkt des Interesses gerückt werden. Es gilt, die jeweilige Förderstruktur – vom Land bis zur EU – entsprechend anzupassen. Wir stehen für ein vernünftiges Nebeneinander von konventioneller und biologischer Landwirtschaft. Wir verbieten uns die Angriffe auf unsere Bauern in Sachen Klimapolitik. Land- und Forstwirtschaft sind die einzigen Wirtschaftszweige, welche CO₂ nicht nur emittieren, sondern auch massiv binden.

Unsere Forderungen

- 🇪🇺 Eigenversorgung mit heimischen Lebensmitteln und Rohstoffen erhöhen
- 🇪🇺 Lückenlose Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln
- 🇪🇺 Wiederaufforstung heimischer Wälder
- 🇪🇺 Faire Preise für heimische Erzeugung
- 🇪🇺 AMA-Gütesiegel reformieren und ausländische Gütesiegel strenger kontrollieren
- 🇪🇺 Die Leberdientier-Transportqual stoppen
- 🇪🇺 Keine Patente auf Lebewesen
- 🇪🇺 EU-Bürokratie und überbordende Auflagen eindämmen
- 🇪🇺 Änderung des Landwirtschaftskammer-Wahlrechts

FPOL